



Interviews

Datum: 28. März 2024

Michael Kellner im Gespräch mit Philipp May

Philipp May: Immerhin das: Beim Solarausbau kommt Deutschland gut voran. Doch die Module dafür kommen in aller Regel aus China. Dabei war Deutschland vor 15 Jahren noch führend in der Photovoltaik. Jetzt hat mit Meyer-Burger auch der letzte verbliebene deutsche Hersteller angekündigt, sein Werk in Freiberg in Sachsen zu schließen. Ohne Subventionen habe man schlicht keine Chance gegen die chinesische Konkurrenz. Der Ärger ist groß, zum Beispiel beim grünen Energieminister von Sachsen, Wolfram Günther:

O-Ton Wolfram Günther: „Das ist eine ganz bittere Nachricht für unsere Solarindustrie insgesamt in Europa und auch für den Wirtschaftsstandort Sachsen insbesondere, aber nicht zuletzt für alle Mitarbeitenden und deren Familien, denn immerhin geht es hier um 500 Arbeitsplätze. Die Verantwortung dafür trägt – und das kann man in dem Fall wirklich ganz eindeutig benennen – die FDP im Bund.“

May: Die FDP, die sich gegen einen sogenannten Resilienz-Bonus für Meyer-Burger gesperrt hat, bekommt Rückendeckung, zum Beispiel von Thorsten Schmidt, Wirtschaftsprofessor am Leibnitz-Institut:

O-Ton Thorsten Schmidt: „Jede einzelne Maßnahme, jede Unternehmensansiedlung durch Subventionen zu fördern, ist aus unserer Sicht der falsche Weg. Man muss klären, wie will ich die Energieversorgung der Zukunft gestalten, wie soll die Preisentwicklung sein, zum Beispiel beim CO₂-Preis, wie sollen die Klimaziele erreicht werden, und das nicht nur von einer Maßnahme zur nächsten, sondern in einer längeren Perspektive.“

May: Sprechen wir über die Wirtschaft mit dem grünen Parlamentarischen Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Michael Kellner. Guten Morgen!

Michael Kellner: Guten Morgen, Herr May.

May: Sind Solarmodule jetzt auch kritische Infrastruktur?

Kellner: Wir haben die Situation, wir haben einen riesigen Solarbau-Boom in den letzten zwei Jahren wieder entfacht, und wir sind angewiesen fast ausschließlich auf Produkte aus China. Das ist ein Problem, weil wir gesehen haben, wohin einseitige Abhängigkeiten führen, und deswegen ist es richtig, auch eine starke Solarindustrie in der gesamten Wertschöpfungskette in Europa und in Deutschland zu haben.

May: Aber wir haben ja ganz, ganz viel Abhängigkeit von Produkten aus China. Wir können ja nicht alles ersetzen. Deswegen müssen wir uns erst einmal auf kritische Infrastruktur fokussieren und deswegen die Frage, gehört Solarindustrie Ihrer Meinung nach dazu?

Kellner: Ja, Solarindustrie entlang der Wertschöpfungskette, über Polysilizium, den Ausgangsstoff, über Wafer und Ingots, das alles gehört dazu und da ist es auch wichtig und richtig, wenn Europa eigene Produktionskapazitäten hat.

May: Aber der Einwand der FDP ist ja berechtigt. Wieso sollen wir ein Massenprodukt, was Photovoltaik-Panels sind, das anderswo billiger zu haben ist, auf Kosten der Steuerzahler zuhause produzieren, in Zeiten knapper Kassen? Wir wollen ja schließlich schnell eine Energiewende schultern.

Kellner: Ich halte das für kurzsichtig. Wir haben hier in den letzten Jahren während Corona und noch schlimmer während des Krieges Russlands in der Ukraine gesehen, wie abhängig wir auf einmal von Lieferketten sind. Deswegen heißt es ja, wir müssen nicht 100 Prozent alles selber können und alles selber herstellen, aber eigene Kapazitäten zu haben, einen eigenen Kern einer Industrie zu haben, das finde ich richtig und wichtig.

May: Aber Meyer-Burger, so wie ich das verstanden habe, geht jetzt gar nicht nach China, sondern in die USA. Wenn die das subventionieren wollen – nichts Anderes werden die ja tun – mit ihrem Schuldenstand, den mittlerweile selbst liberale Ökonomen ziemlich problematisch finden, kann man doch sagen, sollen sie doch, zahlen die doch unsere Energiewende.

Kellner: Es ist gut, wenn Meyer-Burger in den USA produziert und damit ja übrigens auch Maschinenbau-Kapazitäten von Meyer-Burger in Deutschland erhalten bleiben. Nur würde ich mir wünschen, dass wir nicht nur einen Markt in den USA für Meyer-Burger haben, sondern dass wir in Deutschland und in Europa auch hier Produkte aus Europa gefertigt auf dem Markt haben. Wir reden jetzt über die Module, aber wenn Sie sich die Solarindustrie mal anschauen: Wir haben Polysilizium, das wird noch in Deutschland, in Sachsen, in Bayern hergestellt. Aber die weitere Wertschöpfungskette, die Wafer, die Ingots, die Kristalle, die werden hier nicht mehr hergestellt, und da habe ich Sorgen vor einer einseitigen Abhängigkeit, und dass das schwere Auswirkungen auf unsere Volkswirtschaft haben kann, das haben nun die letzten Jahre gezeigt.

May: Aber einseitig wäre es, wenn es nur China gibt. Jetzt gibt es immerhin China und die USA.

Kellner: Es ist gut, wenn in den USA dort auch eine Produktion steht, aber auch dort ist ja ein riesiger Boom da, und im Zweifelsfall möchte ich schon gerne, dass wir auch in Europa auf eigenen Füßen stehen können.

May: Herr Kellner, ich verstehe Ihre Argumentation. Das ist eine wichtige Schlüsselindustrie, sagen Sie. Bei Batterietechnik, deswegen das Northvolt-Werk in Dithmarschen. Ich verstehe das auch bei Computer-Chips. Aber wir reden immer noch über Solarpanel. Wir tun gerade ein bisschen so, als wäre das Quantencomputer-Technik.

Kellner: Was ich sagen möchte ist: Mir geht es nicht darum, die Panels am Ende zusammenzuschrauben. Das ist der letzte Schritt. Aber dazwischen passieren viele weitere Wertschöpfungsketten, viele weitere Schritte. Natürlich kann man sagen, das ist das letzte, das ist das am wenigsten wichtige. Mir ist nur wichtig – und das ist eine Erfahrung der letzten Jahre –, dass wir entlang der Wertschöpfungskette selber über eigene Kapazitäten verfügen. Und wenn ich über Wafer spreche, die ich für Solarmodule brauche, dann ist das etwas Ähnliches, was ich auch für die Chip-Industrie brauche. Es ist alles gar nicht so wahnsinnig weit weg voneinander und deswegen geht es am Ende nicht nur um die einzelne Zelle oder um das gesamte Modul, sondern es geht darum: Haben wir die Technologie, in einer so wichtigen Branche eigene Kapazitäten aufzubauen und nicht abhängig zu sein alleine von China? Das ist der Kern meines Arguments.

May: Aber dahinter steht ein Richtungsstreit in der Ampel, der die Politik auch ein Stück weit lähmt. Da ist zum einen Ihr Vorstoß. Sie sagen, Sie wollen bestimmte Schlüsseltechnologien identifizieren und die gezielt fördern, und die FDP sagt, wir wollen eigentlich die Rahmenbedingungen für alle verbessern und dann soll am Ende der Markt selber entscheiden, was Schlüsseltechnologie ist. Wie wollen Sie da weiterkommen?

Kellner: Wir sind in einer Situation, wir wollen Welthandel und wir wollen einen funktionierenden Markt. Wir sehen aber auch, dass wir in den letzten Jahren mehrfach Marktversagen über externe Schocks, Krieg in der Ukraine, Corona-Pandemie, hatten. Deswegen haben wir, glaube ich, alle

gelernt, dass es richtig ist, eigene Kapazitäten in Europa zu haben. Deswegen ist ja auch kein Streit, Unterstützung Batterieproduktion, Unterstützung Chipproduktion, in Europa zu haben. Das alles haben wir ja gemeinsam auf den Weg gebracht.

May: Aber wo hört das auf? Wir haben nun mal knappe Kassen.

Kellner: Richtig! Wir haben knappe Kassen und das sind Abwägungsfragen. Das ist Kern von Politik. Meine Haltung ist zu sagen, wir sehen gerade, die erneuerbaren Energien, das ist eine Schlüsselbranche. Ein Finanzminister hat zurecht über Freiheitsenergien gesprochen. Da ist es wichtig und richtig, diese Schlüsselbranche auch in Europa, auch in Deutschland zu haben. Ich würde die Linie so ziehen, dass Solar dabei ist.

May: Kommen wir jetzt auf den großen Punkt zu sprechen, wie diese Geschichte mit Meyer-Burger jetzt gelaufen ist. Das ist jetzt keine Hopplahopp-Entscheidung, sondern das zieht sich über Monate und steht ein wenig sinnbildlich für die Politik der Ampel. Zuerst kommt die Ankündigung, wir verlagern die Produktion wegen mangelnder Konkurrenzfähigkeit, dann versucht das grüne Wirtschaftsministerium, das Problem mit Geld zu lösen, dann geht es ein bisschen hin und her und am Ende kommt die Absage vom FDP-Finanzminister. Wie soll man sich auf diese Regierung verlassen?

Kellner: Ich will mal sagen, wir haben gerade im Solarbereich unglaublich viele Hürden aus dem Weg geräumt, und es ist gerade ein Solarpaket unterwegs.

May: Hat anscheinend nicht gereicht, ganz offensichtlich, weil am Ende ist das Unternehmen trotzdem weg.

Kellner: Wir haben in den letzten zwei Jahren so viel Solarenergie zugebaut wie in den fünf Jahren zuvor. Wir schalten Kohlekraftwerke dieses Jahr ab, weil wir beim Erneuerbaren-Ausbau so vorangekommen sind.

May: Genau, mit Modulen aus China, völlig unproblematisch.

Kellner: Genau über die Frage haben wir gerade geredet. Ich würde mir wünschen, dass wir Module auch in Europa und in Deutschland herstellen. Und ja, wir haben über diese Frage Resilienz-Bonus eine offensichtlich unterschiedliche Haltung zwischen FDP und Grünen. Ich halte das kurzsichtig. Das habe ich vorhin schon gesagt. Und ich befürchte, dass uns das auf die Füße fallen kann. Deswegen ist es wichtig und richtig, entlang der Wertschöpfungskette auch für die Solarindustrie was zu tun.

May: Sie haben vollkommen recht, den Punkt haben Sie schon gemacht. Deswegen möchte ich auf das Grundproblem noch mal raus. „Das Problem der Bundesregierung ist, dass sie in sich keinen Konsens über die Ausrichtung der Wirtschafts- und Finanzpolitik hat.“ Das ist nicht mein Zitat, sondern das hat gestern der Wirtschaftsprofessor Stefan Kooths vom Kieler Institut für Weltwirtschaft gesagt, gestern bei der Konjunkturprognose, die, wie wir alle wissen, sehr schlecht war. Hat er einen Punkt?

Kellner: Es ist offensichtlich so, dass die drei Parteien, die diese Regierung bilden, sehr unterschiedliche Haltungen haben. Aber ich würde auch einmal sagen, wir hatten in den letzten zwei Jahren wirklich tiefste Krisen und wir sind gemeinsam als Ampel übrigens bei allen Schwierigkeiten sehr gut durch die letzten beiden Winter gekommen. Das hatte auch mit dem entschiedenen Handeln der Ampel zu tun. Bei allen unterschiedlichen Positionen – das ist ja auch kein Wunder; es sind drei sehr unterschiedliche Parteien – haben wir gemeinsam es geschafft, gut durch diesen Winter zu kommen, haben es gemeinsam geschafft, Energiesicherheit in diesem Land herzustellen und auch noch voranzukommen mit dem Ausbau der er-

neuerbaren Energien und voranzukommen mit dem Erreichen der Klimaziele, also gar nicht so wenig. Aber ja, es gibt grundsätzliche Unterschiede, wenn es um Reform der Schuldenbremse geht, oder ähnliche Fragen. Da schauen wir unterschiedlich drauf. Ich will aber auch sagen, wir haben es geschafft, endlich das Wachstumschancengesetz durch den Bundesrat zu bekommen. Das ist ein Beitrag für die Wirtschaft. Das reicht nicht aus, es muss mehr geschehen. Da sind wir uns auch einig, dass mehr geschehen muss, und das wird in den nächsten Wochen und Monaten die Aufgabe sein. Wenn ich mir die Konjunktur anschau, dann sehen wir – das wurde gestern auch noch mal gesagt –, der Horizont hellt sich auf. Die Situation wird Ende des Jahres und Richtung nächstes Jahr deutlich besser – auch das haben die Konjunkturprognosen noch mal gesagt – und das wollen wir unterstützen.

May: Die Frage ist nur, wenn man sieht, mit welchen Schmerzen dieses Wachstumschancenpaket und auch sehr geschröpft am Ende durch Bundestag und Bundesrat gekommen ist. Was soll denn da überhaupt noch kommen bei diesen Dissonanzen?

Kellner: Dass es so lange gedauert hat, lag jetzt wirklich nicht an der Ampel, sondern es lag an einer Blockadepolitik der Union. Ich bin froh, dass wir das jetzt überwinden können und das Wachstumschancengesetz, ist ein Schritt, sicherlich ein zu kleiner Schritt. Was jetzt kommen muss ist erstens die Frage von Bürokratieabbau, ist ein wichtiger Punkt. Zweiter Punkt ist: Wir haben tatsächlich eine Situation, dass uns auch die Netzentgelte plagen. Wir müssen jetzt unter hohem Zeitdruck sehr schnell die Netze ausbauen. Das bringt Investitionskosten mit sich. Diese Kosten müssen wir dämpfen, weil wenn wir das einfach nur auf die Unternehmen und Verbraucher umlegen, dann sind die Kosten hoch.

May: Die wollen Sie über mehrere Jahre und Jahrzehnte strecken.

Kellner: Ja, wir strecken die über die Zeit, weil von diesen Investitionen haben ja alle was. Wenn die Netze mal in zehn Jahren stehen, davon hat man 30 Jahre was. Deswegen geht es darum, die Kosten zu strecken.

May: Davon können Sie die FDP überzeugen?

Kellner: Ich glaube, dass auch die FDP sieht, dass diese Investitionen notwendig sind, und ich habe den Eindruck, dass wir gemeinsam verstanden haben, wir wollen mehr tun für die Wirtschaft im Bereich Bürokratie, aber auch im Bereich Kosten zu senken. Deswegen ja, da hoffe ich sehr, dass wir da gemeinsam vorankommen.

May: Jetzt haben Sie Bürokratieabbau zweimal genannt, haben auch die Wirtschaftsforscher wieder als großes Hemmnis ausgemacht. Aber jetzt muss man sich ja eigentlich nur die Kindergrundsicherung anschauen, für die sogar eine neue Behörde mit 5000 Stellen geschaffen werden soll, um große Zweifel zu bekommen, ob die Ampel im Allgemeinen und die Grünen im Speziellen da auf dem richtigen Pfad sind beim Bürokratieabbau.

Kellner: Wir haben in den letzten zwei Jahren unglaubliche Planungs- und Genehmigungsbeschleunigungen durchgesetzt, für die Netze, für die Erneuerbaren. Wir machen gerade eine riesige Reform zusammen mit dem Umweltministerium, dass die Genehmigungen für Industrieunternehmen, wenn sie neue Anlagen bauen, schneller gehen.

May: Und trotzdem wollen Sie eine Behörde mit 5000 Stellen schaffen.

Kellner: Wir haben ein ernsthaftes Problem mit Kinderarmut in unserem Land und da geht es darum, dass Hilfen gebündelt werden und bedürftige Familien erreichen können, und dazu brauche ich auch eine Verwaltung. Aber heute habe ich eine Verwaltung, wo ich ganz, ganz viele Leistungen

für Kinder auf ganz, ganz viele Behörden verteilt habe, die gar nicht bei den Leuten ankommen, und da kann es doch Sinn machen zu sagen, wir verschlanken unsere Strukturen, schaffen dafür eine neue Behörde und unterstützen Kinder in Armut, weil wir es doch in unserem Land nicht hinnehmen können, dass so viele Kinder nicht die Hilfe bekommen, die sie benötigen.

May: Eine Minute haben wir ungefähr noch, Herr Kellner. Immer mehr Unternehmerverbände beklagen mangelndes Vertrauen in die Bundesregierung, weil man sich auf nichts verlassen könne. Arbeitgeberpräsident Rainer Dulger hat das am deutlichsten gesagt. Jetzt ist Wirtschaft zu einem großen Teil Psychologie. Kann man diesen Glaubwürdigkeitsverlust noch kippen?

Kellner: Ich denke, ja, und ich denke, wir haben auch gezeigt in den letzten Jahren, was wir erreicht haben. Wenn ich mir vorstelle, wie groß wir alle die Sorgen hatten, was die Auswirkungen des Krieges für uns bedeuten. Ich finde, da haben wir viel geleistet in den letzten zwei Jahren. Das werden wir weitermachen und wir werden jetzt dafür alles tun, dass die Wirtschaft in Gang kommt, dass wir die Herausforderungen über Fachkräftemangel, über Bürokratie anpacken und weiter vorangehen, ja!

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.